

# Der diskrete Charme der arabischen Bourgeoisie

Hadhramische Dynastien dominierten seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Fernhandel in Südostasien. Kolonialherren warnten vor der „islamischen Gefahr“

VON ULRIKE FREITAG

Das Staatsoberhaupt Malaysias stammt ebenso von einer arabischen Gelehrtenfamilie ab wie etliche ehemalige indonesische Außenminister. Aber auch islamische Aktivisten wie der Geistliche Abu Bakr Ba Ashir, dessen Name im Zusammenhang mit der indonesischen islamistischen Jam'iyah Islamiyyah genannt wird, ist arabischen Ursprungs.

Sie alle sind Nachfahren einer jahrhundertalten südarabischen Handelsdiaspora, die sich zwischen 1850 und 1940 auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen Macht in Südostasien, im südindischen Hyderabad und einigen Regionen der ostafrikanischen Swahiliküste befand. Ihr Ursprungsland war der Hadhramaut, heute eine jemenitische Provinz an der Grenze zu Saudi Arabien und Oman. Hadhramische Händler, Gelehrte, Söldner und Gelegenheitsarbeiter nutzten die Monsunschiffahrt des Indischen Ozeans und suchten in der Emigration nach Möglichkeiten, die teilweise kärglichen heimischen Einkommensmöglichkeiten zu verbessern.

## Nachkommen Muhammads

Die islamischen Anrainerregionen des Indischen Ozeans von Ostafrika bis Indonesien waren eine historische Region, in der muslimische Händler, die den Fernhandel mit chinesischem Porzellan, süd- und südostasiatischen Gewürzen und arabischem Kaffee dominierten. Den Seeweg nach Indien suchten die Portugiesen vor allem deshalb, weil sie diese Zwischenhändler ausschalten wollten. Dies gelang ihnen und den nachfolgenden Holländern und Briten jedoch nur ansatzweise, selbst wenn sich die europäische Konkurrenz ab 1750 durch die zunehmende koloniale Expansion vor allem in Indien verschärfte. Handelsdiasporen wie die Hadhramis wurden zunehmend in ökonomische Nischen gedrängt – zum Beispiel in der Seefahrt und im Handel zwischen Java, dem malayischen Archipel und den ostindonesischen Inseln sowie bei der Kreditvergabe. Ihre arabische Herkunft, die sie häufig direkt auf den islamischen Propheten Muhammad zurückführten, und ihr Glaube verhalfen ih-

nen – wie auch anderen islamischen Gruppen – oftmals zu einem erheblichen Vertrauensvorsprung bei der einheimischen Bevölkerung, gerade im Gegensatz zu den holländischen und britischen Kolonialherren. Geschickte Investitionen in städtischen Land- und Immobilienbesitz führten dazu, dass Ende des 19. Jahrhunderts ein arabisches Familienunternehmen, das in seiner Organisation als Familienstiftung britische und islamische Rechtsvorschriften kombinierte, die Liste der Steuerzahler Singapurs anführte.

Die großen islamischen Handelsfamilien in Singapur und Batavia lassen sich in ihrem politischen und kulturellen Habitus durchaus mit der europäischen Handelsbourgeoisie vergleichen. Sie engagierten sich politisch, etwa im von den Niederländern geschaffenen Volksrad und in der Singapur Stadtverwaltung. Sie unterhielten aber auch Kontakte mit dem Osmanischen Reich und anderen islamischen Staaten. Dies brachte sie häufig kollektiv in den Ruf, „fanatische Mohammedaner“ zu sein. Die Kolonialmächte betrachteten derartige Aktivitäten mit äußerstem Misstrauen – das Gespenst der „islamischen Gefahr“, das heute diskutiert wird, prägt als antikolonialer „Panislamismus“ auch die britischen und holländischen Kolonialakten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden.

Die Situation der Migration, zusammen mit den neuen sozialen Bedingungen und dem anders gearteten kulturellen Umfeld, trug auch zu einer bemerkenswerten kulturellen Entwicklung bei. Außerhalb des konservativen kulturellen Milieus des Hadhramaut setzten sich einflussreiche Migranten mit intellektuellen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der islamischen Welt auseinander. Sie lasen ägyptische und osmanische Zeitungen, beobachteten das konfuzianische Erwachen der chinesischen Diaspora und gingen auf europäisch geprägte Schulen. Daraus entwickelte sich eine Reformbewegung, die zum einen das Bildungsniveau der Emigranten durch Schulgründungen zu heben trachtete, zum anderen aber auch eine politische, ökonomische und kulturelle Reform des von tribalen Spannungen zerris-

senen Hadhramaut anstrebte.

Auf private Initiative hin wurden Schulen und Straßen gebaut. In handgeschriebenen Zeitschriften forderten Rückkehrer eine Renaissance, in der sie sich auf den bekannten panislamischen Aktivist Jamal ad-Din al-Afghani beriefen, der als „islamischer Martin Luther“ bezeichnet wurde. Vor allem aber entstand 1927 eine Bewegung, welche die beiden hadhramischen Sultanate in eine Art Verfassungsstaat umwandeln wollte.

Wäre dieser Versuch erfolgreich gewesen, hätte eine Nationalversammlung den jährlichen Staatshaushalt genehmigen müssen und ein unabhängiges Gerichtswesen wäre eingerichtet worden. Im Gegenzug hätten insbesondere die Diasporakaufleute nicht nur den Haushalt subventioniert, sondern über Abgaben den Aufbau der Infrastruktur finanziert. Es handelte sich gewissermaßen um den Versuch einer überwiegend in der Diaspora angesiedelten Zivilgesellschaft, sich einen Staat als Partner zu schaffen.

Der Widerstand der Sultane gegen eine solche Regelung, die ihre ebenfalls islamisch begründete Autorität eingeschränkt hätte, verwunderte nicht. Das weitere Vorgehen eines Teils der Handelsdia-



ES GING UM GEWÜRZE, Porzellan und Kaffee.

Foto: Imago

spora zeigt einmal mehr, dass religiös oder kulturell argumentierende Analysen des Verhältnisses von „Ost“ und „West“ häufig zu kurz greifen. Arabische wie koloniale Quellen belegen, dass die Briten, welche ohnehin in Aden eine Kolonie unterhielten und bereits Verträge mit dem Umland unterhielten, von einer der großen arabischen Handels- und Notabelfamilien aufgefordert wurden, politisch im Hadhramaut einzugreifen. Da sich dies in den 1930er Jahren mit weltpolitischen Interessen der Briten traf, errichteten sie im Hadhramaut ein Protektorat, das natürlich nur von einem kleineren Teil der Bevölkerung begrüßt wurde, dessen Durchsetzung jedoch in Zusammenarbeit mit wichtigen Händlerfamilien gelang. Diese erhofften sich im Wesentlichen die Errichtung einer verantwortlichen Regierung, gewissermaßen unter britischer Aufsicht.

Die gerade in den 1950er Jahren zunehmende britische Intervention in lokale Angelegenheiten lehnten sie jedoch ab. Der daraus resultierende Konflikt hatte also klare politische Ursachen, selbst wenn er kulturell-religiös begründet wurde – ein historisches Ereignis, das durchaus Relevanz für ein besseres Verständnis beispielsweise der irakischen Haltung zu den USA hat.

## Eine Gesellschaftsgeschichte

Die Forschung über eine arabische Handelsdiaspora in Südostasien hat vielfältige Fragen vor allem nach der ökonomischen, kulturellen und politischen Interaktion in den großen Handelsstädten aufgeworfen. Diesem Problem soll in einem Projekt des Arbeitskreises Moderne und Islam, in dem das Zentrum Moderner Orient mit dem Interdisziplinären Zentrum „Bausteine zu einer Gesellschaftsgeschichte des Vorderen Orients“ kooperiert, weiter nachgegangen werden. Den Anfang machen vier Postdoc-Stipendiaten, die ab Oktober für ein Jahr zu nächstlichen Handelsstädten forschen.

Die Autorin leitet das Zentrum Moderner Orient ([www.zmo.de](http://www.zmo.de)) und hat eine Professur am Institut für Islamwissenschaft der FU.

Quelle: Der Tagesspiegel, 21. Oktober 2003. (Publikation mit freundlicher Genehmigung.)